

Staatskanzlei*Information*

*Rathaus / Barfässergerasse 24
4509 Solothurn
Telefon 032 627 20 70
Telefax 032 627 21 26
kanzlei@sk.so.ch
www.so.ch*

Medienmitteilung**Ernährungssicherheit – Gegenentwurf des Bundesrates bevorzugt**

Solothurn, 24. März 2015 - In seiner Vernehmlassungsantwort an das Eidgenössische Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung zum direkten Gegenentwurf zur Volksinitiative „Für Ernährungssicherheit“ unterstützt der Regierungsrat den Vorschlag des Bundesrates. Er ist allerdings der Ansicht, dass das Anliegen der Initianten nach einer Stärkung der inländischen Produktion zu wenig berücksichtigt wurde und verlangt deshalb eine entsprechende Ergänzung.

Mit der Volksinitiative „Für Ernährungssicherheit“, die vergangenen Juli eingereicht wurde, will der Schweizerische Bauernverband (SBV) den Auftrag zur Sicherung der Lebensmittelversorgung in der Bundesverfassung verankern. Der Initiativtext sieht vor, die Versorgung aus einheimischer Produktion zu stärken. Zudem verlangt die Initiative, dass der „administrative Aufwand in der Landwirtschaft gering ist“. Mit seinem direkten Gegenentwurf nimmt der Bundesrat das Anliegen der Initianten auf und stützt die Ernährungssicherheit breiter ab.

Der Regierungsrat begrüsst, dass die Ernährungssicherheit in der Bundesverfassung verankert werden soll. Angesichts der wachsenden Bevölkerung und der knapper werdenden natürlichen Ressourcen ist die langfristige Sicherung der Lebensmittelversorgung sowohl global wie auch national eine grosse Herausforderung.

Aus Sicht des Regierungsrates ist die Initiative des Bauernverbandes allerdings zu einseitig ausgerichtet. Er unterstützt Massnahmen zur Reduktion des administrativen Aufwandes in der Landwirtschaft, erachtet aber deren Aufnahme in die Bundesverfassung als nicht notwendig. Der Bundesrat hat das entsprechende Anliegen bereits in anderer Form aufgenommen, z.B. mit der Ideenbörse „administrative Vereinfachung und Entlastung in der Landwirtschaft“ des Bundesamtes für Landwirtschaft (BLW).

Der vorliegende Gegenentwurf des Bundesrates beschreibt ein umfassendes und auf langfristige Wirkung ausgerichtetes Konzept der Ernährungssicherheit.

Mit dem vorliegenden Entwurf ist der Regierungsrat grösstenteils einverstanden. Er ist allerdings der Ansicht, dass das Anliegen der Initianten nach einer Stärkung der inländischen Produktion zu wenig berücksichtigt wurde und verlangt deshalb eine entsprechende Ergänzung.